

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatt

Abend-Haus gedruckt von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Verlagsschreiber: Frankfurt a. M. Nr. 7495.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt Nr. 6850-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Verlagsschreiber: Frankfurt a. M. Nr. 7495.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: Nr. 30.—, durch die Abnehmer bezogen: Nr. 31.—, durch die Träger ins Haus gebracht: Nr. 32.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Abnehmer, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreise: Erste Anzeigen Nr. 1.—, zweite Anzeigen Nr. 2.—, dritte Anzeigen Nr. 3.—, vierte Anzeigen Nr. 4.—, fünfte Anzeigen Nr. 5.—, sechste Anzeigen Nr. 6.—, siebte Anzeigen Nr. 7.—, achte Anzeigen Nr. 8.—, neunte Anzeigen Nr. 9.—, zehnte Anzeigen Nr. 10.—, elfte Anzeigen Nr. 11.—, zwölfte Anzeigen Nr. 12.—, dreizehnte Anzeigen Nr. 13.—, vierzehnte Anzeigen Nr. 14.—, fünfzehnte Anzeigen Nr. 15.—, sechzehnte Anzeigen Nr. 16.—, siebenzehnte Anzeigen Nr. 17.—, achtzehnte Anzeigen Nr. 18.—, neunzehnte Anzeigen Nr. 19.—, zwanzigste Anzeigen Nr. 20.—, einundzwanzigste Anzeigen Nr. 21.—, zweiundzwanzigste Anzeigen Nr. 22.—, dreiundzwanzigste Anzeigen Nr. 23.—, vierundzwanzigste Anzeigen Nr. 24.—, fünfundzwanzigste Anzeigen Nr. 25.—, sechsundzwanzigste Anzeigen Nr. 26.—, siebenundzwanzigste Anzeigen Nr. 27.—, achtundzwanzigste Anzeigen Nr. 28.—, neunundzwanzigste Anzeigen Nr. 29.—, dreißigste Anzeigen Nr. 30.—, einunddreißigste Anzeigen Nr. 31.—, zweiunddreißigste Anzeigen Nr. 32.—, dreiunddreißigste Anzeigen Nr. 33.—, vierunddreißigste Anzeigen Nr. 34.—, fünfunddreißigste Anzeigen Nr. 35.—, sechsunddreißigste Anzeigen Nr. 36.—, siebenunddreißigste Anzeigen Nr. 37.—, achtunddreißigste Anzeigen Nr. 38.—, neununddreißigste Anzeigen Nr. 39.—, vierzigste Anzeigen Nr. 40.—, einundvierzigste Anzeigen Nr. 41.—, zweiundvierzigste Anzeigen Nr. 42.—, dreiundvierzigste Anzeigen Nr. 43.—, vierundvierzigste Anzeigen Nr. 44.—, fünfundvierzigste Anzeigen Nr. 45.—, sechsundvierzigste Anzeigen Nr. 46.—, siebenundvierzigste Anzeigen Nr. 47.—, achtundvierzigste Anzeigen Nr. 48.—, neunundvierzigste Anzeigen Nr. 49.—, fünfzigste Anzeigen Nr. 50.—, einundfünfzigste Anzeigen Nr. 51.—, zweiundfünfzigste Anzeigen Nr. 52.—, dreiundfünfzigste Anzeigen Nr. 53.—, vierundfünfzigste Anzeigen Nr. 54.—, fünfundfünfzigste Anzeigen Nr. 55.—, sechsundfünfzigste Anzeigen Nr. 56.—, siebenundfünfzigste Anzeigen Nr. 57.—, achtundfünfzigste Anzeigen Nr. 58.—, neunundfünfzigste Anzeigen Nr. 59.—, sechzigste Anzeigen Nr. 60.—, einundsechzigste Anzeigen Nr. 61.—, zweiundsechzigste Anzeigen Nr. 62.—, dreiundsechzigste Anzeigen Nr. 63.—, vierundsechzigste Anzeigen Nr. 64.—, fünfundsechzigste Anzeigen Nr. 65.—, sechsundsechzigste Anzeigen Nr. 66.—, siebenundsechzigste Anzeigen Nr. 67.—, achtundsechzigste Anzeigen Nr. 68.—, neunundsechzigste Anzeigen Nr. 69.—, siebenzigste Anzeigen Nr. 70.—, einundsiebzigste Anzeigen Nr. 71.—, zweiundsiebzigste Anzeigen Nr. 72.—, dreiundsiebzigste Anzeigen Nr. 73.—, vierundsiebzigste Anzeigen Nr. 74.—, fünfundsiebzigste Anzeigen Nr. 75.—, sechsundsiebzigste Anzeigen Nr. 76.—, siebenundsiebzigste Anzeigen Nr. 77.—, achtundsiebzigste Anzeigen Nr. 78.—, neunundsiebzigste Anzeigen Nr. 79.—, achtzigste Anzeigen Nr. 80.—, einundachtzigste Anzeigen Nr. 81.—, zweiundachtzigste Anzeigen Nr. 82.—, dreiundachtzigste Anzeigen Nr. 83.—, vierundachtzigste Anzeigen Nr. 84.—, fünfundachtzigste Anzeigen Nr. 85.—, sechsundachtzigste Anzeigen Nr. 86.—, siebenundachtzigste Anzeigen Nr. 87.—, achtundachtzigste Anzeigen Nr. 88.—, neunundachtzigste Anzeigen Nr. 89.—, neunzigste Anzeigen Nr. 90.—, einundneunzigste Anzeigen Nr. 91.—, zweiundneunzigste Anzeigen Nr. 92.—, dreiundneunzigste Anzeigen Nr. 93.—, vierundneunzigste Anzeigen Nr. 94.—, fünfundneunzigste Anzeigen Nr. 95.—, sechsundneunzigste Anzeigen Nr. 96.—, siebenundneunzigste Anzeigen Nr. 97.—, achtundneunzigste Anzeigen Nr. 98.—, neunundneunzigste Anzeigen Nr. 99.—, hundertste Anzeigen Nr. 100.—

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Samstag, 8. Juli 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 313. • 70. Jahrgang.

Deutschlands Kohlentribut.

Am 10. Juli werden in Paris wieder einmal Verhandlungen über die Kohlenlieferungen, die Frankreich auf Grund des Versailler Vertrages von Deutschland fordert. Die Frage ist wieder dadurch brennend geworden, daß Deutschland in der letzten Zeit das Lieferlohn nicht erfüllen konnte, sondern im Rückstand blieb, so daß Frankreich nunmehr eine Nachlieferung der fehlenden Mengen verlangt. Im ganzen dürfte es sich hierbei um etwa 150 000 bis 170 000 Tonnen handeln. Die deutsche Regierung hat diese Angelegenheit bereits mit den in Berlin weilenden Mitgliedern des Garantiefomitees besprochen und, wie schon kurz berichtet wurde, den Vorschlag gemacht, an Stelle der rückständigen Kohlenlieferungen der Monate Juni und Juli englische Kohle zu stellen, die Deutschland in England kaufen würde. Von dem Garantiefomitee ist dieser Vorschlag dann nach Paris weitergeleitet worden. Es wird kaum nötig sein, auf die ungeheuren Gefahren hinzuweisen, die ein solcher Vorschlag der deutschen Regierung bei einem Dollarstand von über 500 in sich birgt. Wieder müssen sehr beträchtliche Summen in fremden Devisen aufgebracht werden, um die nötigen Kohlenmengen in England anzukaufen. Dabei steht der 15. Juli vor der Tür, an dem wieder eine Reparationszahlung in Höhe von 50 Millionen Goldmark fällig ist. Bedenkt man, daß die Reichsbank wiederholt in starkem Maße Devisen abgegeben hat, um den Sturz der Mark zu verlangsamen, so wird man sich dem Ernst der Lage nicht verschließen können. In den Besprechungen mit den Mitgliedern des Garantiefomitees ist auch von der deutschen Regierung die schwierige Situation wiederholt betont worden.

Bei den neuen Verhandlungen in Paris wird es sich aber nicht nur um die Lieferungen rückständiger Kohlenmengen handeln, sondern es gilt auch ein neues Programm aufzustellen, das für die Kohlenlieferungen am 1. August in Kraft treten soll, und das selbstverständlich als erfüllbar gelten muß. Die Lage auf dem deutschen Kohlenmarkt stellt sich nämlich heute schon so dar, daß selbst bei stärkster Einschränkung der deutschen Wirtschaft über 1 200 000 Tonnen monatlich fehlen, wobei nicht einmal berücksichtigt ist, daß in den Sommermonaten eine geringe Aufstockung erfolgen sollte. Zurückzuführen ist dieses Manko auf den starken Rückgang der Kohlenförderung. Während im März die arbeitstäglige Förderung im Ruhrgebiet noch 333 862 Tonnen betrug, sank die Ziffer im April auf 326 637, im Mai sogar auf 310 000 und auch der Juni brachte einen weiteren Rückgang. Ein ganz ähnliches Bild zeigt auch der ober-schlesische Markt. Zu einem Teil ist dieser Rückgang der Förderung zweifellos auf die starke Abwanderung der Arbeiter in das Ausland, das bei minder gefährlicher Arbeit bessere Löhne zahlt, zurückzuführen, wird doch die Abwanderung im Ruhrkohlenbezirk für den Monat Mai auf 6000 Mann berechnet. Hinzu kommt noch eine gewisse Beunruhigung der Arbeiterschaft durch linksradikale Agitation. Daß sich schließlich der Nord an Rathenau auch hier auswirkt und die letzten schwachen Hoffnungen, die noch für die Annahme eines neuen Über-sichtensabkommens bestanden, zunichte machte, sei nur nebenbei erwähnt. Zu berücksichtigen ist ferner noch, daß von Kohlenvorräten in Deutschland überhaupt kaum die Rede sein kann. Ende Juni lagerten auf den westfälischen Halden kaum 500 000 Tonnen gegen-über 1 200 000 Tonnen in den Vormonaten. Auch die deutschen Bahnen verfügen im Durchschnitt nur über einen Kohlenvorrat für 9 Tage, während die französi-schen Bahnen dagegen für etwa 6 Wochen vorrätet sind.

Die deutsche Wirtschaft steht unter solchen Umstän-den vor einer sehr ernsten Lage, zumal nach der Ab-tretung Oberschlesiens auch die Zufuhren aus Ober-schlesien ausbleiben. Bereits im Mai wurde eine 10prozentige Einschränkung des Kohlenkontingents für die deutsche Industrie vorgenommen, der nach der An-sicht der maßgebenden Kreise sehr bald eine weitere Kürzung folgen dürfte. Es ist zu hoffen, daß die deut-sche Denkschrift, die in Paris vorgelegt werden soll, und die die katastrophale Lage beleuchtet wird, ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Eine Herabsetzung der abzuliefernden Mengen muß unter allen Umständen erreicht werden. Die Situation hat sich seit der letz-ten Festsetzung der Liefermengen vollständig ver-ändert und es sollte eigentlich eine Selbstverständlich-keit sein, daß auch die Entente diese Verschiebung be-rücksichtigt und dem Kohlenmangel Deutschlands Rech-nung trägt!

Die Verhandlungen über die Kohlenlieferungen.

D. Paris, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Re-parationskommission wird am Montag mit den deut-schen Vertretern, d. h. mit vier führenden Persönlich-keiten der deutschen Kohlenindustrie, Verhandlungen aufnehmen, um die Kohlenfrage, die bekanntlich alle drei Monate neu geregelt wird, zu beraten. Die fran-zösischen Blätter hatten die Nachricht gebracht, daß die deutsche Regierung durch Vermittlung des in Berlin weilenden Garantiefomitees der Pariser Regierung eine Note zugehen ließ, in der sie vorschlägt, die rück-ständigen Kohlenlieferungen anzuerkennen in der Weise zu erfüllen, daß Deutschland diese Mengen von Eng-land kauft und dann Frankreich abliefern läßt. Gleichzeitig habe die deutsche Regierung ein Memo-randum an die alliierten Regierungen sowie an die Garantiefunktionäre übermittelt, in dem sie eine Dar-stellung der Kohlenknappheit gibt, unter der die deut-sche Industrie zu leiden habe und die Unmöglichkeit auseinanderlegt, durch eigene Kohlenförderung die mangelnden Quantitäten nachzuliefern. Der „Temps“ behauptet, daß die Reparationskommission von einem derartigen Ansuchen absolut nichts wisse. — Wir er-fahren aber, daß diese Nachricht in allen Teilen richtig sei.

Die Besprechungen über die Erweiterung der Reparationen.

Br. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Rege-rungspartei werden heute unter dem Vorsitz des Reichs-lankers die Besprechungen über die Erweiterung der Re-parationen fortsetzen. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist die Reichsregierung über die Auffassung der Sozialdemokratie bezüglich einer Erweiterung der Reparationen nach rechts bereits unterrichtet worden.

Die Antwort der Deutschen Volkspartei.

Br. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Deutsche Volkspartei hat an den Vorstand der Fraktion des Zen-trums und der Demokratischen Partei folgendes Schreiben gerichtet:

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß die außer-ordentlichen Schwierigkeiten der Lage das Zusammen-wirken aller derer verlangen, die zu stiller und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind. In den in Abereinstimmung mit der Auffassung der Fraktion gehaltenen Reden der Abg. Dr. Beder, Dr. Deinke und Dr. Stresemann ist unsere Auf-fassung zur innerpolitischen Lage sowie zur Frage des Ge-fahrens der verfassungsmäßigen Staatsform gegen Ver-rückungen und gegen hochverräterische Unternehmungen in wesentlicher Abereinstimmung mit den von ihnen ver-tretenen Anschauungen zum Ausdruck gekommen. Da-her ist auch in den der Verabschiedung ausstehenden großen Reparationsgesetzen eine gezielte und sachliche Mit-arbeit auf breiter Grundlage erfolgt. Wir hoffen, daß die auch von Ihnen als Voraussetzung bezeichnete Abereinstimmung in den wesentlichen grundsätzlichen Fragen vorliegen. Wir halten daher eine Zusammenarbeit auch in der Regierung für möglich und sind bereit uns an der Regierung zu beteiligen.

Wie wir erfahren, hat die Sozialdemokratie in einer unüberwindlichen Fraktionsbesprechung sich dahin ge-äußert, daß sie nicht mit einer Partei in einem Kabinett zusammenarbeiten will, die das monar-chistische Prinzip in ihrem Parteiprogramm stehen habe. Die Sozialdemokratie steht in dem Vorzeichen des Zentrums und der Demokratischen Partei, um den Eintritt der Unabhängigen in das Kabinett unmöglich zu machen. Denn ein Zusammenarbeiten der Unabhängigen mit der Deutschen Volkspartei ist natürlich so gut wie ausgeschlossen. So wird die ganze Krise, wenn nicht allmählich ein unerwarteter Stimmungsumschwung bei den Sozialdemokraten eintritt, ohne jeden nachhaltigen Erfolg verlaufen. Allerdings ist es dann fraglich, wie sich die Abereinstimmung über das Ge-heimnis der Republik abspielen werde.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute früh das an-gegebene Antwortschreiben der Deutschen Volkspartei an die Fraktionen des Zentrums und der Deutsch-demokratischen Partei und sagt dazu wörtlich: Da die Sozialdemokratie nicht daran denkt, Rast der Unabhängigen die Partei des Herrn Stresemann in die Regierung aufzunehmen, handelt es sich bei diesem ganzen Briefwechsel um gar nichts anderes als um ein po-litisches Quittungsstück. Es sei denn, man hielte den Zeitpunkt für geeignet, eine rein bürgerliche Re-gierung mit bürgerlicher Mehrheit herzustellen, also eine Einkreisung der Heisterich bis Petersburg („Zum Schutze der Republik“). Für die Deutsche Volkspartei ist es fernzulegen, daß sie in ihrer Antwort es kühnlich um-jedeit und sorgfältig vermeidet, das Wort „Republik“ zu gebrauchen. Diese Leute, die das Wort „Republik“ nicht einmal in den Mund zu nehmen wagen, sollen die Republik gegen die Monarchisten verteidigen, die sie selbst sind. Ist nicht die Zeit für solche Scherze an der?

Eine neue Teuerungssaktion der Beamtenorganisationen.

Br. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Laut „Vor-wärts“ finden zurzeit mit Rücksicht auf die fortwährende Geldentwertung und die zunehmende Teuerungsa-Verhandlungen zwischen den einzelnen Beamten-organisationen statt, um eine neue Teuerungssaktion in die Wege zu leiten.

Der 11. August Nationalfeiertag.

Br. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Re-gierungspartei werden, wie der „Vorwärts“ erklärt, einen Bescheidungsentscheidungen, durch den der 11. August, der Tag, an dem die Verfassung in Weimar verabschiedet wurde, zum Nationalfeiertag erklärt werden soll.

Übermals Demonstrationen?

Br. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie im Reichs-tag verlautet, sollen am nächsten Dienstag wiederum Demonstrationen der Linksparteien stattfinden, um die Forde-rungen der Gewerkschaften zum Schutze der Republik nachdrücklich zu vertreten.

Am 11. Juli soll also die Demonstration vom 4. Juli wiederholt werden. So begreiflich und erwünscht es war, daß nach der Ermordung Rathenaus solche Kundgebungen stattfanden, um für die Erregung der Bevölkerung ein Ab-schwärzen zu schaffen und der Gegnern der Republik zu zeigen, wie tief die große Masse des Volkes zur neuen Staats-form steht, so schadet solchen Kundgebungen doch nichts mehr als ihre stetige Wiederholung. Bereits die neue Demonstra-tion am 4. Juli war vollkommen überflüssig. Sie hat in vielen Städten, darunter auch in Wiesbaden, zu bedauer-lichen Zusammenstößen und zu Blutvergießen geführt. Wenn wirklich neue Straßendemonstrationen für den 11. Juli geplant sein sollten, warum wir daher jetzt schon auf entschlossene, Alles, was zum Schutze der Republik geschehen kann, muß von der geordneten Staatsgewalt ausgehen. Darum ist auch das einseitige Gehen zum Schutze der Republik in Vorbereitung. Wenn trotzdem noch weitere Demonstrationen veran-staltet werden, dann dienen diese nur unbedeutend den Plänen der Deutschnationalen und Rechtsblockschmiffen. Die Vorgänge im preussischen Landtag und im Reichstag, d. h. das störende Auftreten deutschnationaler Redner be-weist, daß manche Teile dieser Partei die Erregung absicht-lich schüren, offenbar in der Hoffnung, in einem Bürgerkrieg politische Geschäfte machen zu können. Dieser Plan muß durch die Disziplin der Republikaner verhindert werden. Wenn jedoch die Masse fortgesetzt auf die Straße geholt wird, dann ermöglicht sie leicht der Hand der ordnungsmäßigen Führer und wird zum willenlosen Gefolge jener meist jugend-lichen Randos, die sich bei solchen Gelegenheiten einzustellen pflegen. Aus diesem Grunde sei mit allem Nachdruck vor der erneuten Veranstaltung solcher Kundgebungen gewarnt!

Deutschland verlangt ein Moratorium für 1923.

W. T. B. Paris, 8. Juli. Das „Echo de Paris“ be-zieht, in Paris glaube man zu wissen, daß die deutsche Regierung in diesem Augenblick die letzte Hand an eine Note lege, in der erklärt werde, daß Deutschland die Repa-rationszahlungen in bar, die für das Jahr 1923 künftighin zu leisten werden, aber als Bedingung stelle, daß der deutschen Regierung ein vollkommenes Mora-torium für alle Geldschulden in den Jahren 1923 und 1924 bewilligt werde. Die Zahlungen seien bei Deutschland aber zu leisten bereit.

Das „Echo de Paris“ dessen Nachricht auch vom Petit Parisien als wahrscheinlich bestätigt wird, schreibt: Wenn wirklich die deutsche Regierung eine derartige Note an die alliierten Regierungen richten wird, dann wird das unter den Alliierten eine ernste Debatte entzünden, nämlich über die Frage, ob in diesem Falle eine beabsichtigte Ver-letzung Deutschlands vorliegt. Die französische Debatte sei nach dem Stande der folgende: Deutschland kann augenblick-lich unfähig sein, seine Verpflichtungen zu erfüllen; aber eine Unfähigkeit führt von seiner gesamten früheren Politik her; also ist die Verletzung beabsichtigt. Die entgegengesetzte These (also vermutlich die der englischen Regierung) sei: Wir haben nur die augenblickliche Lage in Betracht zu ziehen, ohne uns um das früher Bekannte zu kümmern; also ist die deutsche Verletzung nicht beabsichtigt, und wir haben nur von ihr Kenntnis zu nehmen.

Das Wiesbadener Abkommen.

W. T. B. Paris, 8. Juli. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Wiesbadener Abkommen. Er verheißt den Mitberatern des Abkommens, den ehemaligen Ministern für die belgischen Gebiete, Loucheur, Loucheur erklärte, man könne das Wiesbadener Abkommen in Kraft setzen, ohne die Ratifizierung durch die Kammer abzuwarten, da es nicht unter der Bedingung der Annahme durch das Parlament abgeschlossen worden sei. Nach einem langen Meinungs-austausch beschloß der Ausschuss einstimmig gegen zwei Stimmen gegen die Stimmen von Tardieu und des früheren Ministerpräsidenten Legeres) den Grundab-stand des ursprünglichen zwischen Loucheur und Rathenau abge-schlossenen Abkommens anzunehmen. Auf Voranschlag Rathenau's wurde mit Neben gegen vier Stimmen beschlossen, die Zustimmung an dem nachträglichen Ab-kommen Gillel-Koppel anzuknüpfen, da der ehe-malige Minister Loucheur die These aufgestellt hat, daß das abgeänderte Wiesbadener Abkommen den deutschen Industriefabriken gestatte, unbegrenzt die Preise für die Materiallieferungen zu erhöhen. Die Kommission hat einige ihrer Mitglieder zum Ministerpräsidenten Doumergue geschickt, um ihm ihre Ansichten auseinander zu legen und um ihn zu fragen, ob es nicht möglich sei, das Wiesbadener Abkommen unter den von Loucheur bezeichneten Bedingungen sofort in Kraft zu setzen. Da die Delegation der Ministerpräsidenten gestern jedoch nicht sprechen konnte, wird diese Demarche heute erneuert werden.

Banknotenmangel bei der Reichsbank.

W. T. B. Berlin, 7. Juli. Infolge des Buchdrucker-streiks dem sich die Arbeiter der Reichsdruckerei trotz der Bewilligung der Forderungen angeschlossen haben, mußte, wie die Reichsbank mitteilt, die Herstellung von Banknoten vorübergehend eingestellt werden. Da die Bestände der Reichsbank in der verflochtenen Woche durch die ganz ungewöhnlich starken Ansprüche zum Vierteljahrs-schluss nahezu erschöpft waren, ist eine empfindliche, auch die Zahlungen erschwerende Störung in der Versorgung der Reichsbank mit Zahlungsmitteln eingetreten. Die Störung wird jedoch durch die Ausgabe einer Hilfs-banknote zu 500 Mark vorläufig in den nächsten Tagen behoben sein, so daß die Reichsbank bereits kommende Woche in der Lage sein wird, den Bedarf wieder voll zu be-friedigen.

Br. Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Gene-ralsammlung der Berliner Buchdrucker, welche sämtlichen Arbeiten der Reichsdruckerei und der Staatsdruckerei inkl. der Rotdrucke unterbleiben müssen.

Die politische Aussprache im Reichstag.

Br. Berlin, 8. Juli. (Ela. Drahtbericht.) Nach Beantwortung einer Anfrage der Bayerischen Volkspartei über die Bielefelder Angelegenheiten an die Entente, in der von der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß diese Bielefelder Angelegenheiten in der Bielefelder Botschaft bekanntgegeben wurden, und nach dem der Reichstag am Freitag den Einbruch des Reichstages gegen den Beschluß des Reichstages zum Reichshaushaltsplan für 1922 dem Hauptauschuss überwiesen hatte, wurde die Beantwortung der am Donnerstag so spät unterbrochenen Interpellationen wieder aufgenommen.

Hr. Hensel (Dnt.) erhielt das Wort, um seine gestern begonnene Rede zu beenden. Die gesamte Linke verließ bis auf einzelne Vorwörter demonstrativ den Saal. Der Redner machte zur Einigkeit die uns auch in Ostpreußen vor den Polen erreicht hätte.

Hr. Dr. Gock-Weiss (Dem.) wandte sich zunächst mit aller Entschiedenheit gegen die Volkshaus-Rede. Nicht nur als Deutscher, sondern als Geschichtswissenschaftler mußte er die von Herrn Hensel am Donnerstag aufgestellte Behauptung als eine Unwahrheit zurückweisen. Dem Herr Hensel hat gemacht werden, daß es für die Republik zu arbeiten habe. Der Redner führte dann eine Reihe von Fällen an, die zur Bekämpfung der Reichswehr beizutragen hätten. Bei diesen Fällen aber herausgestellt hätte, daß der Tatbestand sich anders darstellt, als es in der Anschuldigung geschildert wurde. Wenn man bei jeder schwarz-weiß-rotten Fahne schreien wolle, die Republik sei in Gefahr, so sei die Republik keine 3 Pfennig wert. Seine Partei spreche dem Reichswehrminister und den Führern der Reichswehr das Vertrauen aus.

Hr. Dr. David (Soz.) verwahrte sich auch leinerseits ernstlich dagegen, das heidenhafte deutsche Volk dafür verantwortlich zu machen, was die Generale ver schuldet hätten. Die Rime sei auskommen, wenn der Abg. Hensel die Volkshaus-Rede vorbringe und dann nach der nationalen Einheitsfront rufe. Er hoffe, daß auch in der Reichswehr mit der wachsenden Einsicht die Liebe zur Republik kommen werde. Hr. Frölich (Rom.) sprach davon, daß es jetzt gelte, die Rechte klar zu beobachten.

Das Haus vertagte sich auf Montag 5 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen Herrat wegen Unruhe in Thüringen und Bieder-Bessen wegen der Vorfälle in Darmstadt. Schluss gegen 10 Uhr.

Die Änderung des Erbschafts- und Einkommensteuergesetzes.

W. T. B. Berlin, 7. Juli. Im Steueraussschuß des Reichstages ist die erste Lesung des Gesetzes zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes beendet worden. Es wurde der Tarif des Erbschaftsteuergesetzes für die Steuerklasse 1 vier Prozent, 2 fünf Prozent, 3 sechs Prozent, 4 acht Prozent und 5 zwölf Prozent. Der Steuerfuß erhöht sich, wenn der Wert des Erbes 100 000 Mark übersteigt, um 10 Prozent bis zum Betrage von drei Millionen und darüber hinaus bis zu einem Gesamtanfall von fünf Millionen für weitere 400 000 Mark um 20 Prozent. Es wurde ein weiterer Antrag Herrat angenommen, der Herten beim Übergang von einer Steuerklasse in die nächsthöhere vermeiden will. Hierfür trat der Ausschuss in die Beratung des Antrags Erbschaft (U.S.B.) auf Änderung des Einkommensteuergesetzes ein. Goldmann (U.S.B.) beantragte den Antrag und erklärte sich mit der Beibehaltung der 100 000 Mark einverstanden.

Der Nachfolger Däumigs im Reichstag.

W. T. B. Berlin, 7. Juli. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Däumig tritt der Reichstagsrat Paul Beermann-Charlottenburg in den Reichstag ein.

Freiherr v. Schorlemer-Neser †.

W. T. B. Berlin, 7. Juli. Der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrats, Staatsminister a. D. Dr. Freiherr von Schorlemer-Neser, ist gestern in Berlin gestorben.

Dr. Freiherr von Schorlemer-Neser war geboren am 29. Dezember 1856, nach 66 Lebensjahren. Er hatte eine glänzende Laufbahn hinter sich. Schon im frühen Alter wurde er Präsident der rheinischen Landwirtschaftskammer, darauf Oberpräsident der Rheinprovinz, bis ihn im Jahre 1910 der König zum Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannte. Diese Stelle hatte er bis 1917 inne. Er ist dann zum zweitenmal zum Präsidenten der rheinischen Landwirtschaftskammer und 1919 zum Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats an Stelle des verstorbenen Präsidenten Freiherrn von Schwerin-Ludwig gewählt worden. 1919 wurde er Präsident des preussischen Landwirtschaftsrats und seit 1921 war er Präsident der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer.

Vor der Abreise.

Merke! Vor- und Nachteile von Eugen Nolani.

Mit den Reisevorbereitungen kann man nicht spät genug beginnen. Je früher man anfängt, die Wohnung um sich auf den Kopf zu stellen, um so größer sind die Aussichten, recht viele Dinge zu vergessen und Unnötiges vorzubereiten. Je später man anfängt, um so weniger hat man Zeit, alles in Unordnung zu bringen, was der Zweck der meisten Reisevorbereitungen ist.

Zu den wichtigsten Vorbereitungen für die Reise gehört es, daß man das Mobiliar gegen Einbruchsdiebstahl versichert, damit man dann später ungeniert durch alles schmerzliche Verdrüßnis der Fenster die verordneten Herren Einbrecher darauf aufmerksam machen kann, daß die Wohnung ohne jeden Hüter sei und für ihre Tätigkeit ein recht erhebliches Feld biete.

Den Kanarienvogel muß man kurz vor der Reise in eine Vogelkiste geben. Wenn er gar nicht mehr singt, ist man völlig sicher, ihn nach der Rückkehr unverändert von dort zurück zu erhalten. Will man aber ein Verdrüßnis ganz bestimmt verhindern, so muß man ihn durch Amputation des Kropfes oder eines anderen Körperteils leicht erkennbar machen. Es genügt nicht, ihm ein buntes Bändchen umzubinden.

Die Blumentöpfe kann man der Woge einer besorgenden Nachbarnfamilie anvertrauen, um dann bei der Heimkehr einen klügeligen Anlaß für ein Geschenk an diese Leute zu haben. Noch fester aber kann man die Pflanzen vor dem weiteren Wüthen und Gebilden bewahren, indem man sie in der abschließenden Wohnung zurückläßt.

Das „Einmotten“ der Koffer und anderer Gegenstände ist eine der am häufigsten und wichtigsten Reisevorbereitungen der Hausfrauen. In jedem Jahre werden neue Taktiken und ähnliche Mittel zum Verschicken der Koffer in den Handel gebracht, und praktische Hausfrauen laufen der Sicherheit halber von allem. Am besten ist es, mit dem Einmotten acht Tage vor der Abreise zu beginnen. Dann sind sämtliche Sachen, die man auf die Reise mitnimmt, auch so vom möglichen Schaden durch Regen, das auch auf der Reise keine Notte, freilich oftmals auch kein Mensch, sich zu nähern wart. Soll die Einmotten wirklich sein, so muß ein so penetranter Geruch entwickelt werden, daß noch bis in den Winter hinein die Bewohner der Wohnung Kosakenmänner bekommen.

Die Schutzgesetze vor dem Landtag.

Br. Berlin, 8. Juli. (Ela. Drahtbericht.) Nach kurzer Beratung einer Anzahl Vorlagen des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Feuerungsanlagen für die Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher, des Gesetzes zur Änderung des Mittelstufenzertifikatskommentarbuches vom 14. Januar 1921, des Gesetzes, betr. die Regelung der Selbstständigenrechte der Provinz Oberschlesien, und des Gesetzes zur Änderung der Vorläufige Regelung der Verwaltung in den zum oberbayerischen Abteilungsgebiet gehörenden Kommunalverbänden, die mit der Annahme der Gesetzesentwürfe endeten, legte das Haus die gestern durch die kurhessischen Väter und Brügelmannen unterbrochene Beratung der Vorlage zum Schutz der Republik und der Gesetzgebung über die Gewährung von Amnestie, Änderung des Beamten- und Richterdisziplinargesetzes sowie des von den Sozialdemokraten und Demokraten beantragten Gesetzes über Festlegung der republikanischen Staatsform vor.

Hr. Röllig (Rom.) wandte sich gegen die Vorlage, die nicht weit genug gehe und eine ganze Reihe von Arbeiten von der Amnestie ausschließe. Die Rednerin wolle die Strafrecht auf alle Straftaten ausdehnen wollen, die im Zusammenhang mit wirtschaftlichen oder politischen Kämpfen der Arbeiterklasse begangen worden sind.

Nach kurzer Weiterberatung wurde zur Abstimmung über den kommunalistischen Antrag über die Ausdehnung der Amnestie geschritten. Durch Abstimmung wurde der kommunalistische Antrag mit 167 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wurde von der Linken mit lebhaften Schreien ausgenommen.

In der weiteren Abstimmung wurde § 3 des Entwurfs des Verfassungsausschusses, der Strafrecht für die aus Anlaß des Eisenbahnverkehrs Verurteilten ausstreckt, unter hundertfünfzig Stimmen links und dem Beifall der Rechten in namentlicher Abstimmung mit 172 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Der übrige Teil des Gesetzes, das mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten soll, fand dann unverändert nach den Ausschlußanträgen Annahme.

Das Haus wandte sich dann der Beratung der Anträge zum Disziplinärrecht zu. Die einzelnen Artikel des Gesetzes wurden mit unmerklichen Änderungen in der Fassung der Ausschussentwürfe angenommen. Die Gesamtheit des Gesetzes endete mit dem Erlaß eines neuen allgemeinen Disziplinärgesetzes.

Darauf folgte der Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes, betr. die Dienstvergehen der Richter und der unfreiwilligen Verurteilungen auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand. Das Gesetz entwirft im allgemeinen dem für nichtrichtliche Beamte und fand ebenfalls Annahme. Damit war die zweite Beratung der vom Verfassungsausschuß vorgelegenen Schutzgesetze beendet.

Hierauf wurden noch der gesamte Etat und der Etat der Schulpflicht angenommen.

Das Haus vertagte sich dann auf Samstag 10 Uhr.

Gegen die Zerstörung linksrheinischer Bahnen.

Br. Köln, 8. Juli. (Ela. Drahtbericht.) Die Handelskammer Köln erhebt sowohl vom Standpunkte der wirtschaftlichen Interessen ihres Bezirkes wie des gesamten Rheinlandes ernsthafte Einsprüche gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte Entente der Eisenbahnlinien und der Eisenbahn von Bahnanlagen auf der linksrheinischen Seite. Das Verkehrsleben und damit die gesamte Wirtschaft des Rheinlandes haben infolge der Zerstörung der Sanftionen und sonstiger verkehrsbehindernder Ereignisse seit Jahren mit immer neuen Störungen und Schwierigkeiten zu rechnen und erwarten gerade von der Beseitigung der zerstörten Bahnanlagen eine langsame Besserung der jetzigen geradezu trostlosen Verhältnisse. Statt wie die Reichsregierung behauptet, die finanzielle Lage Deutschlands zu bessern, würde die Durchführung der Forderung eine schwere Schädigung des Rheinlandes zur Folge haben und andererseits auf die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands bedenkliche Auswirkungen ausüben. Die Handelskammer erwartet von der Reichsregierung, daß sie alles daransetzt, um die für die weitere Entwicklung Deutschlands und namentlich des Rheinlandes so überaus schädlichen Maßnahmen abzuwenden.

Der Sturz der Mark.

W. T. B. London, 8. Juli. Der Berliner Korrespondent der „Times“ schreibt zu dem erneuten Sturz der Mark, die Möglichkeit, daß regelmäßig monatliche Reparationszahlungen geleistet wurden, könnte immer mehr. Nur eine drastische Aktion von außen her werde das Vertrauen wiederherstellen. Die letzten französischen Vorfälle bezüglich Beteiligungen deutscher Arbeitskräfte bei dem Bau von Wasserstraßen in Frankreich könnten das Reparationsproblem nur erleichtern, wenn sie einen Erlaß der monatlichen Reparationszahlungen darstellte oder bis zu einem gewissen Grade fohrbiet.

Eine notwendige Reisevorbereitung ist auch die Mitteilung an die Post, daß einem Briefe und Zeitungen nachgeschickt werden; hat man eine Rundreise vor, so kann man mit einiger Geschicklichkeit wohl die Anhalten so treffen, daß die Postkutschen am jeweiligen Aufenthaltsort immer dann eintreffen, wenn man ihn eben gerade verlassen hat, und daß dann alle Zeitungen und Briefe die gleiche Rundreise unternehmen müssen, wie der Reisende selbst. Das ist sehr praktisch, denn die Post rechnet bekanntlich für derartige Nachsendungen nichts, und man hat das Vergnügen, zahlreichen Postbeamten unnötige Mühe, Arbeit und Schreibarbeiten ersparen zu haben, ganz umsonst. Freilich kommt es dann vor, wenn der Postbote, der auf umgebende Antwort wartet, den Briefumschlag für verunglückt und verlohren hält und öffentliche Aufrufe in den Zeitungen ersuchen.

Zu den wichtigsten Reisevorbereitungen gehört der „hygienische“ Studium des Reisebuchs. Es soll nicht leicht sein, das Reisebuch lesen können. Nichts ist nämlich schwerer als dies, heißt das Studium des Sonntags, die Entwertung der Hieroglyphen usw. sind Kinderstücke dagegen. Das heißt es aber, man laßt sich vier Wochen vor Abreise der Reise ein Reisebuch und füllt mit dessen Hilfe jede freie Stunde aus. Ab: Tage vor dem Beginn der Reise ist man dann so wert, daß man sich sämtliche Spezialführer der Länder, durch die man zu kommen hat, besorgt und — am Tage vor der Abreise auf den Bahnhof eilt, um sich dort nach den Abfahrtszeiten zu erkundigen.

Die Postkarten mit Mitteilung über die glückliche Ankunft am Bestimmungsort, die man an die nächsten Angehörigen zu senden pflegt, schreibt man am besten vor der Abreise zu Hause, um sie dann am Bestimmungsort im Eisenbahnabteil legen zu lassen. Dann hat man immer noch die Chance, daß ein freundlicher Reisegenosse oder Bahnkassierer sie in den Koffer wirft, während man ohne solche Reisevorbereitungen doch sicher die Meldung in die Heimat verzögert und liegen muß, sie sei abgehandelt und vermutlich verloren gegangen.

Mit dem Packen der Reisekoffer sollte man probieren, schon im Winter beginnen. Es gibt heilige einige Virtuosen in der Kunst, einen Koffer zu packen, aber weit mehr minder Beachte und Eifer. Keine Kunst aber läßt sich allein auf theoretische Weise erlernen; sie will erst lange Zeit hindurch geübt sein. Dabei wird denn niemand sich irgend welche Meisterstücke in der Kunst, einen Koffer zu packen, dadurch erwerben, daß er diese und die nachfolgenden Nachschiffe liest. Weit mehr Zweck hat es, seine

Die Verfolgung der Attentäter.

Br. Berlin, 8. Juli. (Ela. Drahtbericht.) Über die Ermittlungen der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums meldet eine Korrespondenz, daß der in Düsseldorf verhaftete Ingenieur Knauer in Berlin eingehend verhört worden ist. Er bekennt, vom dem Mordanschlag auf Rathenau trand welche Kenntnis gehabt zu haben. Durch umfangreiche Zeugenvernehmung ist aber ermittelt worden, daß er doch darum gesucht habe.

Der in Döberitz verhaftete antijemittliche Verlagsbuchhändler ist eine der Triebfedern bei dem Anschlag auf Rathenau gewesen. In Groß-Berlin ist jetzt alles aufgeklärt; im Reich dagegen ist noch viel Arbeit zu verrichten. Alle Verhafteten wurden nach Berlin gebracht. Hier befinden sich etwa dreißig Personen in Haft.

Hm. Madrid, 8. Juli. Das „ABC“ berichtet aus Bigo, daß ein deutscher Dampfer aus Hamburg eine Abreise bewaffneter Matrosen gesandt habe, welche zwei elegant gekleidete Personen bekehrten. Beide seien als Gefangene nach der Kaserne verbracht worden. Man vermute, daß es sich um Verurteilte handle, welche an dem Mord Rathenaus beteiligt gewesen seien.

Waffenfunde in Magdeburg.

Br. Magdeburg, 8. Juli. (Ela. Drahtbericht.) Am Donnerstag wurden in Magdeburg zwei große Waffenlocher ausgehoben. Geändert wurde über 600 Infanteriegewehre und Karabiner, 16 Maschinengewehre, Ritten mit Pistolen, Mengen Maschinengewehrmunition, annähernd 2000 Schuß Infanteriegewehrmunition und eine halbe Riste Explosivgeschosse. Eine genau Zählung ist bis jetzt noch nicht vorgenommen worden. Das bisher vorgefundene Material weist auf auswärtige Verbindungen hin. Bisher sind folgende Verhaftungen vorgenommen worden: Als Feldwebel oder Wirtin der Waffenlager Oberleutnant a. D. Kaffauf, der deutschnationalen Stadtrat a. D. Drendmona und sein Sohn Dr. Drendmann, der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei in Magdeburg, Major a. D. Schiller und die Kaufleute Paul Steinberg und Böllche. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

W. T. B. Hamburg, 7. Juli. In Bergedorf wurden im Gathol „Stadt Hamburg“ und an anderen Stellen der Stadt Risten gefunden, die neben Stahlminen und sonstigen militärischen Ausrüstungsgegenständen einige Maschinen, Gewehre mit Ersatzteilen, Tragen und ungeschützte Flakpatronen enthielten. Vier Risten enthielten Flakpatronen, Scharte Munition wurde, abgesehen von einem Rahmen, nicht gefunden. Der Besitzer der Risten sowie einige an der Unterbringung beteiligte Personen wurden verhaftet.

Das Urteil im Miskow-Prozess.

Br. Berlin, 8. Juli. (Ela. Drahtbericht.) Die Einkommensteuern im Prozess gegen die ehemaligen russischen Offiziere, die das bekannte Attentat in der Berliner Wirtshausknecht auf Miskow begangen, sämtliche Schuldlosen. Das Urteil lautet für den Angeklagten Tolorki auf 12 Jahre Zuchthaus, für den Angeklagten Schabelski auf 14 Jahre Zuchthaus.

Die Rheinlandkommission verzichtet auf die Registrierung von Verordnungen.

W. T. B. Koblenz, 7. Juli. In den Artikeln 7 und 8 der Verordnung 1 der Interalliierten Rheinlandkommission ist vorgeschrieben, daß die deutschen Gesetze und allgemeinen Verordnungen vor ihrem Inkrafttreten der Rheinlandkommission zur Prüfung überhandt werden müssen und erst zehn Tage nach ihrer Eintragung (in ein bei der Rheinlandkommission geführtes Register) angewendet werden dürfen. Die Durchführung dieser Bestimmungen führte namentlich bei den Gesetzen und Verordnungen betr. Festsetzung von Gebühren, Lizen und Tarifen zu erheblichen Unannehmlichkeiten. Der Reichskommissar hat daher die Rheinlandkommission gebeten, sie möge auf die Registrierung von Gesetzen und Verordnungen dieser Art verzichten. Die Rheinlandkommission hat diesem Antrag stattgegeben und mit Schreiben vom 28. Juni er mitgeteilt, daß Gesetze, Verordnungen und Erlasse über die nachstehend bezeichneten Gebühren, Lizen und Tarife nicht mehr vor ihrem Inkrafttreten der Rheinlandkommission zur Kenntnisnahme überhandt zu werden brauchen, daß es vielmehr genügt, wenn diese binnen 15 Tagen nach ihrem Inkrafttreten der Rheinlandkommission zur Kenntnisnahme überhandt werden. Diese Erleichterung bezieht sich auf:

1. Gebühren für Amtshandlungen der Behörden (Gerichte, Katasterämter, Eichämter, Medizinalbeamte, staatliche Untersuchungsanstalten und dergl.).
2. Gebühren für die Leistungen der Rechtsanwälte, Notare, Apotheker, Ärzte, Tierärzte und ähnliche Vertreter freier Berufe.
3. Tarife für die Leistungen gewisser Gewerbetreibender (Schornsteinfeger, Behämmen, Gerichtsvollzieher, Feldmesser, Auktionatoren, Bäderbesitzer, Dampfseilseiloren usw.).
4. Gebühren für Zengen und Sachverständige.

Musikstunden damit auszufüllen, daß man sich einbeudet, man möchte am anderen Tag eine Reise unternehmen, und so irgendwas zu tun, was die Koffer packen. Hat man das etwa irgendwas getan, so wird man von Reisezeit die nötige Abreise erlassen haben.

Eine der Hauptregeln, die man sich beim Kofferpacken stets vor Augen halten muß, lautet: Es geht ohne dies! Es gibt nämlich hundertfünfzig Dinge, die man im Augenblick des Kofferpackens erlaubt auf der Reise unbedingt mitnehmen zu können. Je mehr man aber in den Koffer als auf der Reise unbedingt mitnehmen muß, um so mehr wird einem unterwegs fehlen. Denn wer seinen Schlafrock mitgenommen hat, wird während der Reise nicht auch seine Hausmütze einpacken zu haben. Führt man zwölf Toiletten auf die Reise, wird man sicher ärgerlich sein, nicht auch noch die dreizehnte und vierzehnte bei sich zu haben. Wer aber den Frack nicht mitnimmt, wird auch die anderen Uniformen der Toiletten nicht mitnehmen. Daher kann man wohl ein kleiner Koffer sein, der nicht nur den Koffer, sondern auch die nötigen Handgepäck mitnehmen muß.

Aus Kunst und Leben.

* Der Dichter des „Eisens von Caub“. (Zu Carl Schindes 100. Geburtstag.) Am 8. Juli d. J. sind es 100 Jahre, seit Carl Schindes (der „alte Lindstrich“), der bis zum Jahre 1867 Oberpostsekretär und art. Leiter der Königl. Schauspieler in Wiesbaden war, das Licht der Welt erblickte. Da gebietet es die Pflicht, ihm, der den älteren unterer Eder so manche vergnügte Stunde durch seine launigen Erzählungen bereitet hat, und der nun schon seit 1904 nicht mehr unter den Lebenden weilt (er verstarb am seinem 83. Geburtstag 1904 in Hannover) einige Worte der Erinnerung zu widmen. Seine tiefempfindenden, teils so volkstümlichen im wahren Sinne des Wortes gewordenen Gedichte, wie das rheinische Volkslied „Eisen von Caub“, dessen Vorwort man in dem entlegenen Dörfchen bei Ruppertsberg besungen, sichern seinem Dichter das feste Gedenken der Sängergemeinschaft und ihrer Zuhörer. Seine zur Komposition herausfordernden Texte fanden so bedeutende Liederkomponisten, wie Ad. Mähring, Markner, Wagner, Neils, W. Gade, und gerade „Eisen von Caub“ begeisterte sechs verschiedene Tonkünstler zu ihren Kompositionen, so Mähring, Fille, Wagner, Stange, Wenzel und andere. Die Stadt Caub a. Rh. beehrte, ihrem Eisenkünstler bei

Vertreter: August Bed, Langen, Nordendstraße 4.

Städtische Verwaltung
für Landwirtschaft, Weinberge und Gärten.

Der Vorstand.
Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches!

EINTRITTSPREIS 5 MARK.

Der Vorstand.

— Ausschank der Original Bols- und Hülstkamp-Liköre. —
Allabendlich künstl. Darbietungen d. Herrn Victor v. Schenck.

Halte meinen schönen schattigen Garten nebst Saal den Vereinen zum Abhalten von Festlichkeiten bestens empfohlen.

Allgemeine Zirkel-Vereinigung Wiesbaden.

2 Mark Garderobegehör. F274

Ergebnisse über die Wirkung der Glycerin-
 ...

Wellritzstraße 25.

Preis, empfiehlt
Möbelhaus

Ein neuer u. ein herr.
Alte

Wellpappe Kontor - Einrichtung

John B. Smith

in Sprachen und Dialecten

Amsterdam 12. Juli.
Demof. - Noordam.

auer Inc. Teleph.: 233, 630

Vorantwortlich für den politischen Teil: E. Reiffisch; für den Unterrichts- und Kulturteil: J. Gänther; für den lokalen und wissenschaftlichen Teil, sowie Betriebsamt und Haushalt: A. W. J. Gänther; für die Kassen und Postämter: E. Dornann, sämtlich in Wiesbaden.
Verlag v. Verlag der E. Schellens dergleichen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.